[Frau/Herr]
[Vorname Name]
[Straße]
[PLZ Ort]

Sächsischer Landtag
[Name des Abgeordneten] MdL
Postfach 11 01 33
01330 Dresden

Datum: 24.06.2026

Betreff: Geplanter Windenergieanlagen-Ausbau in Dresden

Sehr geehrte(r) Frau/Herr Abgeordnete(r),

ich wende mich an Sie, weil ich die aktuelle Entwicklung beim Ausbau von Windenergieanlagen mit großer Sorge betrachte. Die Diskussion wird häufig auf einzelne Vorranggebiete oder konkrete Projekte reduziert. Das eigentliche Problem liegt jedoch tiefer: Es ist die gesetzlich verankerte Privilegierung von Wind- und Solaranlagen, die zu immer neuen Eingriffen in Natur und Landschaft, aber auch in die kommunale Selbstbestimmung führt.

Seit rund 25 Jahren wird unsere Energieversorgung mit enormem finanziellem Aufwand in Richtung wetterabhängiger Stromerzeugung umgebaut. Dennoch sehen viele Bürger heute eine Entwicklung, die ernüchternd ausfällt: Die Versorgungssicherheit ist nicht gestiegen, sondern zunehmend von Wetterbedingungen und kostspieligen Ausgleichsmaßnahmen abhängig geworden. Gleichzeitig gehören die Strompreise in Deutschland zu den höchsten der Welt. Die wirtschaftlichen Folgen treffen Privathaushalte ebenso wie Unternehmen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Dies alles wegen der Privilegierung von Wind- und Solarenergieanlagen.

Anstatt die Ursachen dieser Fehlentwicklung kritisch zu hinterfragen, werden die Ausbauziele für Wind- und Solaranlagen immer weiter verschärft. Wälder, Landschaftsschutzgebiete und wertvolle Kulturlandschaften geraten dadurch zunehmend unter Druck. Was ursprünglich als Energiewende begonnen hat, entwickelt sich vielerorts zu einer großflächigen Industrialisierung der Landschaft. Besonders kritisch sehe ich die Errichtung von Windenergieanlagen in Waldgebieten und Landschaftsschutzgebieten. Wälder sind Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, CO_2-Speicher, Wasserspeicher und wichtige Erholungsräume für die Bevölkerung. Landschaftsschutzgebiete dienen dem Erhalt gewachsener Natur- und Kulturräume. Beide Bereiche sollten grundsätzlich von einer industriellen Nutzung durch Windenergieanlagen ausgenommen werden.

Die Auswirkungen dieser Politik werden auch in Dresden konkret sichtbar. Im Rahmen der aktuellen Regionalplanung werden Vorranggebiete für Windenergie unter anderem in der Dresdner Heide, beim Triebenberg im Schönfelder Hochland sowie im Bereich Rossendorf diskutiert. Besonders kritisch ist dabei, dass die Flächen in der Dresdner Heide und an den Triebenberg innerhalb von Landschaftsschutzgebieten liegen. Gleichzeitig hat sich der Dresdner Stadtrat in der Vergangenheit

wiederholt gegen Windenergieanlagen im Stadtgebiet ausgesprochen. Dennoch drohen diese kommunalen Entscheidungen durch übergeordnete gesetzliche Vorgaben und Flächenziele faktisch ausgehebelt zu werden. Viele Bürger gewinnen dadurch den Eindruck, dass lokale demokratische Entscheidungen und berechtigte Belange des Natur- und Landschaftsschutzes hinter zentral vorgegebenen Ausbauzielen zurückstehen müssen.

Diese zunehmende Entwertung kommunaler Entscheidungen ist besorgniserregend. Stadt- und Gemeinderäte werden von den Bürgern gewählt, um die Interessen ihrer Gemeinden zu vertreten. Wenn sich kommunale Parlamente gegen bestimmte Windenergieprojekte oder Vorranggebiete aussprechen, müssen auch deren Entscheidungen ernstgenommen werden. Demokratie bedeutet nicht nur, Entscheidungen zu treffen, sondern auch die Entscheidungen der gewählten Vertreter vor Ort zu respektieren.

Es darf nicht sein, dass über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wird und ganze Regionen gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Einwohner und kommunalen Vertretungen mit Windenergieanlagen überzogen werden. Akzeptanz entsteht durch Beteiligung und Freiwilligkeit – nicht durch politische Vorgaben und rechtliche Privilegien.

Ich fordere Sie daher auf, sich für einen grundlegenden Kurswechsel einzusetzen:

- Abschaffung der gesetzlichen Privilegierung von Windenergie- und Freiflächen-Solaranlagen im Planungs- und Baurecht.
- Schluss von Subventions- oder Ausgleichszahlungen an Wind- und Solarenergieanlagen-Betreibern.
- Überarbeitung der gesetzlichen Flächenziele für den Ausbau der Windenergie.
- Ausschluss von Windenergieanlagen in Waldgebieten.
- Ausschluss von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten.
- Stärkung der kommunalen Planungshoheit und verbindliche Berücksichtigung von Beschlüssen der Stadt- und Gemeinderäte.
- Technologieoffene Energiepolitik statt einseitiger Bevorzugung einzelner Erzeugungsarten.

Deutschland braucht eine sichere, bezahlbare und wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung. Dafür ist es notwendig, die bisherigen Fehlentwicklungen kritisch zu hinterfragen und die Privilegierung einzelner Technologien zu beenden. Natur- und Landschaftsschutz, kommunale Selbstverwaltung und wirtschaftliche Vernunft dürfen nicht länger hinter ideologisch motivierten Ausbauzielen zurückstehen.

Ich bitte Sie, sich im Parlament für entsprechende Änderungen einzusetzen und mir Ihre Position zu diesen Fragen mitzuteilen.

Freundliche Grüße,